



Greenpeace Magazin

Israel verbietet vielen Palästinensern trotz Ehe weiterhin Zuzug

Jerusalem (dpa) - Schlechte Nachrichten für Palästinenser, die mit israelischen Arabern verheiratet sind: Sie dürfen weiterhin nicht zu ihren Ehepartnern nach Israel ziehen. Israels Oberstes Gericht wies am Mittwochabend Klagen von Bürgerrechtsorganisationen und betroffenen Familien sowie einer linksliberalen Abgeordneten zurück. Der israelische Bürgerrechtsverband (ACRI) verurteilte die Entscheidung am Donnerstag scharf und sprach von einem «schwarzen Tag für den Schutz von Menschenrechten». Die Richter hätten ein «rassistisches Gesetz» aufrechterhalten.

Eine Mehrheit von sechs der insgesamt elf Richter des höchsten Gerichts in Jerusalem hatte am Mittwochabend entschieden, dass «das Recht auf ein Familienleben nicht unbedingt innerhalb der Grenzen von Israel ausgelebt werden muss». Richter Ascher Grunis schrieb, Menschenrechte könnten nicht um den Preis eines «nationalen Selbstmords» umgesetzt werden.

Das umstrittene Gesetz schreibt vor, dass Palästinenser aus dem Westjordanland und Gazastreifen in einer bestimmten Altersgruppe aus Sicherheitsgründen auch dann keine Aufenthaltsgenehmigung in Israel erhalten, wenn sie mit einem israelischen Araber verheiratet sind. Dies bedeutet praktisch, dass viele Familien auch mit Kindern getrennt in Israel und den Palästinensergebieten leben müssen. Nach Angaben des Bürgerrechtsverbands sind tausende von Menschen von dem Gesetz betroffen.

Nach einer Serie von Anschlägen hatte die israelische Regierung die Regelung im Jahre 2002 zunächst als Notverordnung gebilligt. Der Grund war damals, dass Drahtzieher von Anschlägen in einigen Fällen die Familienzusammenführung missbraucht hatten, um aus den Palästinensergebieten nach Israel zu kommen. Das Parlament in Jerusalem nahm die Verordnung im Jahre 2003 als Zusatz zum israelischen Staatsbürgerrecht an. Das Gesetz war anfangs als Notstandsmaßnahme für nur ein Jahr verabschiedet worden, anschließend aber immer wieder verlängert worden.

Nach jüngsten Angaben des Zentralen Statistikbüros leben in Israel etwa 1,6 Millionen Araber, sie bilden also etwa ein Fünftel der insgesamt 7,8 Millionen Staatsbürger.



RP Online

Jerusalem

Friedensprozess auf dem Schulhof

VON KATHARINA SCHMÜLLING UND SEMIHA

Jerusalem (RP). An der Schmidt-Schule in Jerusalem lernen christliche und muslimische Mädchen das friedliche Miteinander und für das deutsche Abitur. Vor 125 Jahren gründete Pater Wilhelm Schmidt die Schule, um das Zusammenleben zu fördern und den Mädchen durch Bildung eine bessere Zukunft zu geben.

Wenn sich morgens das schwere Eisentor hinter Nouf schließt, beginnt für das 15-jährige Palästinensermädchen ein anderes Leben. Dann nimmt sie ihr Kopftuch ab und spricht nicht Arabisch, sondern Deutsch und Englisch. In den Pausen verbringt sie ihre Zeit am liebsten auf einer Holzbank neben dem Sportplatz, im kühlen Schatten der Bäume. Dann spricht sie mit ihren besten Freundinnen Sally und Mira – die eine ist Palästinenserin mit christlichem Glauben, die andere auch Muslimin – über ihren Traum, eines Tages in Deutschland Medizin zu studieren und Frauenärztin zu werden. "Hier in der Schule spielt die Religion keine Rolle", sagt Nouf, "wir sind hier alle gleich, das ist hier gar nicht so kompliziert mit der Religion."

An der deutschen Schmidt-Schule im arabischen Teil von Jerusalem, gleich gegenüber dem Damaskus-Tor, leben 511 muslimische und christliche Mädchen einen Alltag, der außerhalb der Schule in Israel kaum möglich ist. Für die Kinder und Jugendlichen ist es selbstverständlich, miteinander zu sprechen, zu lernen und von einer Zukunft zu träumen, in der sie Karriere machen als Frauenärzte oder Lehrer und in der Freundschaften zwischen Palästinensern und Israelis sowie Muslimen und Christen selbstverständlich sind. Doch außerhalb der Schulgrenzen leben die Mädchen in unterschiedlichen Stadtteilen, in einer Welt, die mit dem Leben an ihrer Schule kaum etwas gemein hat.

In der Eingangshalle der Schule hängen zwei Fotografien. Die eine zeigt den deutschen Bundespräsidenten Christian Wulff, die andere Papst Benedikt XVI. 1886 gründete Pater Wilhelm Schmidt die Schmidt-Schule, eine Schule des Deutschen Vereins vom Heiligen Lande in Jerusalem, um muslimischen und christlichen Mädchen eine gute Schulausbildung zu ermöglichen und im gemeinsamen Unterricht Toleranz für den Anderen zu lehren. "Für die Mädchen ist dies ein Ort der Geborgenheit, hier können sie sich kennen lernen und mehr über die Kultur und Religion der Anderen erfahren", sagt Klaus Schmitz. Seit einem Jahr leitet der gebürtige Kölner die Schule, an der Mädchen von der ersten bis zur zwölften Klasse in den Unterrichtssprachen Deutsch und Englisch unterrichtet werden. 80 Prozent der Schülerinnen sind muslimisch, 20 Prozent christlich. "Frieden durch Bildung' ist das Motto unserer Schule", sagt Schmitz.



An der katholischen Schule nehmen Schüler, aber auch Lehrer Rücksicht auf die religiösen Besonderheiten der Schüler. Christliche Feiertage werden genauso ernst genommen wie die Feiertage der Musliminnen. Denn christliche und muslimische Palästinenserinnen sollen lernen, aufeinander Rücksicht zu nehmen.

Kopftücher sind an der katholischen Auslandsschule, die vom deutschen Staat finanziell unterstützt wird, aber nicht erlaubt. Mit dem Verbot hadert Nouf manchmal. "Ich würde mich wohler fühlen, es auch in der Schule zu tragen. Aber die Regeln sprechen nun mal dagegen", sagt die Muslima.

Jeder Tag, an dem der Unterricht planmäßig stattfindet, sei eine Art kleines Wunder, sagt Schulleiter Schmitz. "Wenn der Konflikt sich wieder verschärft, wenn es etwa ein Selbstmordattentat gibt, dann spüren wir das hier an der Schule sofort." Für die Schüler, aber auch die Lehrer ist der Schulweg eine Hürde. So auch für Nouf. Jeden Morgen muss das Mädchen am Grenzposten vorbei. Denn Noufs Familie wohnt nahe Bethlehem in einem Dorf im Westjordanland. Von einem Fenster ihrer Schule kann sie ihr Dorf in der Ferne sehen – und doch ist sie morgens manchmal mehrere Stunden unterwegs. "Wenn die Israelis den Checkpoint schließen, kann ich gar nicht kommen", sagt die 15-Jährige. Wenn es Anschläge in Jerusalem gibt, werden die Übergänge für Palästinenser vom Westjordanland nach Israel manchmal tagelang geschlossen. "Das darf nicht zu oft passieren, denn ich kann das Abitur nur schaffen, wenn ich regelmäßig zur Schule kommen kann", sagt Nouf in gutem Deutsch.

"Für unsere Schülerinnen ist der Unterricht an unserer Schule etwas Besonderes", sagt Klaus Schmitz, "sie wissen ihn zu schätzen. Deswegen ist unsere Arbeit als Lehrer und Schulleiter hier auch so dankbar." Denn an der Schmidt-Schule lernen die Schülerinnen nicht nur das Zusammenleben, sie lernen auch gemeinsam für das deutsche Abitur und damit für die Chance, in Israel oder auch weltweit zu studieren oder in einem anspruchsvollen Job zu arbeiten. Dafür sind die Eltern der Mädchen auch bereit, Schulgeld zu bezahlen. "Ich weiß, dass ich viel Glück habe", sagt Nouf. "Deutsche Schulen sind einfach besser, sie sind besser für meine Zukunft", sagt die Palästinenserin. Etwa 90 Prozent der Schülerinnen studieren nach ihrem Abschluss "Aber die deutsche Sprache ist schwierig", sagt Nouf und lacht. Aber sie strengt sich an, schließlich will sie ihren Traum irgendwann verwirklichen, als Frauenärztin zu arbeiten.

Der Weg zur Schule und zurück ist für Nouf auch immer eine Reise zwischen zwei Welten. Am Abend, wenn sich das schwere Eisentor zum Schulgelände hinter ihr schließt, ist Nouf wieder das muslimische Mädchen aus traditionellem Elternhaus. Dann setzt sie ihr Kopftuch auf, spricht Arabisch und fährt zurück in ihr palästinensisches Dorf.